

## Scheidemann über den Krieg.

N Berlin, 22. Juni. (Priv.-Tel.) In einer sehr stark besuchten Volksversammlung in Waldenburg in Schlesien sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann über „Die Arbeiterschaft und der Krieg“. Nach einer Darstellung des Ausbruchs des Weltkrieges führte er u. a. aus:

Wenn Deutschland zerschmettert wird, dann haben Millionen von Volksgenossen ein furchtbares Geschick zu erwarten durch die Bedrückung der Sieger. Dann würde Deutschland wieder ein Agrarstaat werden, der keine Technik entwickeln kann, der ein jämmerliches Dasein führen würde. Von einem solchen Lose würde aber nicht nur die Lohnarbeiterklasse getroffen, sondern alle die Kleinen und mittleren Schichten des Bürgertums und Beamtentums. Das hatte die Sozialdemokratie erkannt und danach ihre Politik beim Ausbruch des Krieges eingerichtet. Die Parole vom Durchhalten ist zuerst vom „Vorwärts“ im August 1914 ausgegeben und begründet worden. Was das Abwehren und das Verhindern von Zerstörungen bedeutet, hat man in Ostpreußen gesehen. Auch in Belgien sieht es nicht so aus wie im friedlichen Waldenburg, aber so haben deutsche Soldaten in Feindesland glücklicherweise nicht gewirtschaftet wie die Russen. Darauf werden wir stolz sein können. (Lebhafter Beifall.) Bei der Bewilligung der Kredite haben wir gegen jede Eroberungspolitik protestiert und haben vor allem immer wieder die Frage der Friedensbereitschaft und der Friedensmöglichkeit angeschnitten. Als ich aber im Deutschen Reichstage erklärte, daß wir als Sieger stark genug seien, vom Frieden zu reden, jagten die Feinde: „Das ist bestellte Arbeit, Deutschland kann nicht mehr.“ Wenn es aber so steht, dann gibt es leider nichts anderes als zu unserem Lande zu halten und uns zu schlagen, so lange wir können. (Bravo.) Aber immer wieder haben wir dem Reichslanzler gesagt, wenn er die Annexionsgelüste der Westarp und Konforten nach Belgien und Nordfrankreich unterstützen wolle, dann müsse er den Krieg mit diesen Leuten allein führen. (Lebhafter Beifall.) Der Redner erörtert hierauf die Arbeit der Sozialdemokraten im feindlichen Ausland und kommt zu der Schlussfolgerung, daß die Sozialisten überall zu ihren Ländern stehen. Die französischen Sozialisten verlangten erst kürzlich von uns nach revolutionäre Handlungen und gleichzeitig wollten sie nun erst recht alle Mittel bewilligen, damit Deutschland desto rascher zerschmettert würde. Diesen Landesverrat machen wir nicht mit. So bitter die Lage auch sein mag: Wollten wir jetzt unsere Genossen, das ganze Volk auffordern, nicht mehr den Feind abzuwehren, dann wird das, was kommt, unendlich furchtbarer als das ist, was jetzt gelitten werden muß. Man solle doch nicht glauben, daß man durch eine solche Taktik dem Frieden auch nur um einen Schritt näherkäme. Wenn der Friede dadurch näher ist, dann ist aber auch die Vernichtung Deutschlands damit besiegelt, und so etwas machen wir nicht mit. (Stürmischer Beifall.)

Zur Frage der Annexion übergehend warnte der Redner vor dem Einverleiben staatlicher Fremdkörper in das Deutsche Reich. Auch Annexionen führen zu Kriegen. Bismarck hat sich 1870 mit Händen und Füßen gegen die Einverleibung Elsaß-Lothringens gestraut, aber die Militärs wollten sogar neben Metz noch Belfort, und durch die Elsaß-Lothringische Frage ist zwischen Deutschland und Frankreich die 45-jährige Spannung gekommen, die jetzt mit zum Zusammenstoß und vorher zu den unerträglichen Missetungen führte. Daß sich bei der Gegenwartsarbeit im Reichstage zur Verbesserung der Lage des Volkes die beiden sozialdemokratischen Fraktionen nicht zusammenfinden, ist betrübend, aber die Mehrheit der Fraktion denkt, die Mehrheit des Volkes wie der Partei hinter sich zu haben, wenn sie eine Politik der starken Worte ablehnt und wirklich praktische Arbeit verrichtet. Die Gegnerschaft der Arbeitsgemeinschaft bei der Kapitalabfindung für Kriegsverletzte wie beim Ausbau des Reichsvereinsgesetzes zu Gunsten der Jugendlichen sind Dinge, die mit praktischer Politik nichts zu tun haben. Lächerlich ist aber eine solche Politik, wenn sie die Kriegsgewinnsteuer, die 1/2 Milliarden bringen wird, ablehnt, weil der Ertrag für Kriegszwecke bestimmt sei. Eine solche sinnlose Demonstrationspolitik, die bei Graf Westarp und Genossen hellen Jubel erweckte, kann aber nur anstelle der Belastung der Reichen eine Belastung der Armen zur Folge haben. Das ist Politik der revolutionären Phrase, und die lehne ich ab. (Lebhafter Beifall.) So sieht unsere Haltung und Arbeit im Kriege aus. Hätten wir am 4. August und später anders gehandelt, dann hätten wir das erzielt, was die Gegner von uns immer in gehässiger Schussucht erwarteten. Nach dem Kriege kommen ungeheure Aufgaben auf dem Gebiete der Neuorientierung. Das schaffende Volk braucht eine wirkliche Volks-Politik, eine wirklich gute und klare Vertretung im Parlament. Selbstverständlich muß es eine Neuorientierung auf der ganzen Linie geben, besonders in Preußen. Mit der Klassenvirtschaft muß abgebaut werden. Man kann jetzt im Schützengraben auch nicht die Landstürmer im Waffenvord nach Soldaten erster, zweiter und dritter Klasse unterscheiden. So muß es auch in der Zukunft werden. (Stürmischer Beifall.) Auf jeden Fall aber darf das deutsche Volk in den wenigen Wochen, die uns hoffentlich nur noch vom Ende dieses entsetzlichen Krieges trennen, nicht zusammenbrechen, selbst dann nicht, wenn Dinge geschehen, die, wie in der Nahrungsbewässerung schamlos genug sind. Deutschland darf nicht

zu Grunde gehen, das ist der Wille des kranken Volkes und also auch der Wille der deutschen Sozialdemokratie.